

Wallfahrtsstadt Werl
Kommunalbetrieb Werl

Straßenausbau und Kanalbau
Blumenweg und Am Humpertspfad
in Werl Westönnen

Baustellenbezogene Vertragsbedingungen

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines	4
1.1 Verwendete Abkürzungen	4
1.2 Grundsätzliches	4
2. Beschreibung der durchzuführenden Arbeiten	5
2.1 Straßenausbau	5
2.2 Kanalbau	6
2.3 Lage der Baustelle	7
2.4 Bauabschnitte und Bauablauf	7
3. Beschreibung der geplanten Baumaßnahme / erforderliche Leistungen	9
3.1 Durchzuführende Arbeiten für den Kanalbau, Kommunalbetrieb Werl	9
3.2 Durchzuführende Arbeiten für den Straßenbau, Wallfahrtsstadt Werl	9
3.3 Durchzuführende Arbeiten an Versorgungsleitungen und für die Beleuchtung	11
4. Vorhandene Anlagen im Baustellenbereich	11
4.1 Versorgungsanschlüsse	11
4.2 Liste der Versorgungsträger	12
4.3 Vorhandenes Entwässerungssystem	12
4.4 Vorflut	13
5. Höhen- und Festpunkte	13
6. Baumbestand	13
6.1 Schutzmaßnahmen zur Eingriffsminimierung	13
6.1.1 Baumschutz	13
6.1.2 Schutz der oberirdischen Baumteile gegen mechanische Schäden	13
6.1.3 Wurzelschutz	14
7. Kampfmittel	14
8. Archäologie	14
9. Boden- und Grundwasserverhältnisse	15
9.1 Boden	15
9.2 Grundwasser	16
10. Verlegung von Versorgungsleitungen	16
11. Bautechnik	16
11.1 Kanalbau	16
11.2 Straßenbau	17
11.2.1 Hinweis Entwässerungsrinnen	17
11.2.2 Asphaltarbeiten	17
11.3 Baustoffe	19
11.4 Wiegekarten und Lieferscheine	20

11.5	Kreislaufwirtschaftsgesetz	20
11.6	Straßenreinigung	20
11.7	Baustellensicherung	20
12.	Sicherheit- und Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit	21
12.1	Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination gem. Baustellenverordnung	21
12.2	Arbeits- und Sicherheitsplan (A+S Plan)	21
13.	Qualitätsnachweise	21
14.	Abrechnung und Sicherheiten, Zahlungen	22
14.1	Abrechnungen	22
14.1.1	Rechnungsadressen	22
14.1.2	Besondere Abrechnungsvorschriften	22
14.2	Sicherheiten	23
14.3	Zahlungen	23
15.	Ausführungsfristen, Abnahme, Mängelansprüche	23
15.1	Ausführungsfristen	23
15.2	Abnahme	23
15.3	Mängelansprüche	23
16.	Stundenlohnarbeiten	24
17.	Hinweis für zu verwendende Produkte	24
18.	Sondervorschläge	24
19.	Nebenleistungen	24
19.1.1	Hilfskraft	24
19.1.2	Umweltschutz	24
19.1.3	Kontrollen	25
19.1.4	Tagesberichte	25
19.1.5	Baubesprechung	25
20.	Lohngleitklausel, Stoffgleitklausel	25
21.	Schlussbestimmungen	25

1. Allgemeines

1.1 Verwendete Abkürzungen

AG =	Auftraggeber
AN =	Auftragnehmer
LV =	Leistungsverzeichnis
SW =	Stadtwerke Werl
KBW =	Kommunalbetrieb Werl
Stadt =	Wallfahrtsstadt Werl

1.2 Grundsätzliches

Die Bauleistungen gliedern sich wie folgt:

Teil A Straßenbau, Auftraggeber: Wallfahrtsstadt Werl

Teil B Kanalbau, Auftraggeber: Kommunalbetrieb Werl

Aus Gründen der Koordinierung und des Bauablaufes werden die vorgenannten Teile gemeinsam ausgeschrieben und vergeben.

Die in den Teilen A bis B getrennt aufgeführten Auflagen in den Baubeschreibungen finden auf alle ausgeschrieben Teile Anwendung.

Das Leistungsverzeichnis des Teils A, Straßenbau, beschreibt ausschließlich Leistungen die im Auftrag der Wallfahrtsstadt Werl auszuführen und abzurechnen sind.

Das Leistungsverzeichnis des Teils B, Kanalbau, beschreibt ausschließlich Leistungen die im Auftrag des Kommunalbetriebs Werl auszuführen und abzurechnen sind.

Für jeden Teil sind Einzelrechnungen bereits mit den Abschlagsrechnungen vorzulegen.

Gegebenenfalls weitere Einzelrechnungen werden erforderlich, wenn es im Folgenden bzw. in den Leistungsverzeichnissen der Teile A, B gesondert beschrieben ist.

Die vorgenannten Aufteilungen gelten auch, wenn Leistungen identischer Art und Weise sowohl für den Kommunalbetrieb Werl, für die Wallfahrtsstadt Werl durchzuführen sind, selbst wenn diese zeitgleich oder in einem Arbeitsgang hergestellt werden.

Derartige Leistungen sind in getrennten Aufmaßen festzuhalten und mit dem jeweiligen Auftraggeber separat abzurechnen.

Die Abrechnungsgrenze für den Straßenbau bildet das Erdplanum.

Alle Leistungen, die darunter ausgeführt werden, sind dem Kanalbau zuzuordnen. Ausnahme bilden die Leistungen zur Um- und Verlegung der Gasleitung und der Herstellung von Gräben, und Gruben zur Herstellung der neuen Beleuchtung.

Ausnahme bildet ebenfalls eine gegebenenfalls erforderliche Verstärkung des Untergrundes zur Stabilisierung des Erdplanums.

2. Beschreibung der durchzuführenden Arbeiten

2.1 Straßenausbau

Die Wallfahrtsstadt Werl beabsichtigt den Ausbau der Straßen Blumenweg / Am Humpertspfad vollständig zu erneuern.

Sowohl die Fahrbahn als auch die Nebenanlagen werden, bis auf das Niveau des Erdplanums, voll ausgebaut. Gleichzeitig soll der Querschnitt der Fahrbahnen des Blumenwegs und Am Humpertspfads neu geordnet werden.

Aufgrund der nur gering zur Verfügung stehenden Querschnittsbreite werden die zurzeit vorhandenen Gehwege beseitigt und die beiden Straßen als Mischverkehrsflächen neu ausgebaut.

Dafür wird wechselseitig einseitig ein zwischen ca. 2 bis ca. 2,5 m breiter Pflasterstreifen, aus Betonpflaster höhengleich zum asphaltierten Teil der Fahrbahn hergestellt.

Pflaster und Asphalt werden durch eine zweizeilige Rinne voneinander getrennt, die gleichzeitig die Entwässerung der Fahrbahnoberfläche gewährleistet.

Die Fahrbahn erhält ein ungleichseitiges negatives Dachprofil.

Der Pflasterstreifen wird durch Baumscheiben unterbrochen, teilweise bilden diese Baumscheiben das Ende des Pflasterstreifen.

Die langgezogene Wendeanlage am südlichen Ende der Straße Am Humpertspfad erhält vollständig eine Oberflächenbefestigung aus Pflaster.

Die Erneuerung der Fahrbahn erfolgt im Vollausbau. Der gesamte Oberbau wird im Rahmen der Baumaßnahme erneuert.

Die Fahrbahnen erhalten einen neuen Aufbau aus Frostschutz- und Schottertragschicht sowie eine Befestigung aus Asphalt oder Betonpflaster.

Die wechselseitige Anordnung der Pflasterstreifen und der darin angeordneten Stellplätze und Baumscheiben soll zu einer Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeit führen.

Zur Realisierung der Bauscheiben, werden im Vorfeld des Ausbaus der Straßen in einigen Bereichen die Gasleitung umgelegt und die Kabel und Leitungen der Stadtwerke Werl, der Telekom und des Glasfasernetzes freigelegt um diese mit Schutzrohren aus Kunststoffhalbschalen gegenüber den Wurzeln der geplanten Bäume zu sichern.

Außerdem sind Leitungsgräben zur Herstellung der Anschlussverbindungen zwischen dem Beleuchtungskabel und den neu zu setzenden Beleuchtungsmasten herzustellen.

Die Beleuchtungsmaste sind durch den AN zu setzen, der elektrische Anschluss und das Aufsetzen des Leuchtenkopfes erfolgt durch die Stadtwerke Werl. Der Zeitpunkt der Arbeiten der Stadtwerke Werl zur Einbindung neuer Gasleitungsabschnitte und dem Anschluss neuer Leuchten ist durch den AN abzustimmen.

2.2 Kanalbau

Der Kommunalbetrieb Werl beabsichtigt im Ortsteil Westönnen, die bestehende Mischwasserkanalisation „Am Humpertspfad“ und im „Blumenweg“ aus baulichen und hydraulischen Gründen zu sanieren. Der Sanierungsabschnitt beträgt rd. 430 m.

Grundlage der vorliegenden Kanalplanung sind:

- Kanalbestandunterlagen des Kommunalbetriebs Werl
- Ergebnisse der Kanalbefahrung von Winkelmann Entsorgung aus Werne vom Juli 2023
- Vermessungsdaten des Vermessungsbüros Ludwig & Schwefer vom 20.12.2023
- Leitungsbestandinformationen der Versorgungsträger
- Liegenschaftskataster

Ist Zustand

Im Plangebiet ist eine bestehende Mischwasserkanalisation vorhanden, die aufgrund ihres baulichen Zustands sowie der aktuellen hydraulischen Anforderungen abschnittsweise zu erneuern ist. Der vorhandene Mischwasserkanal besteht aus Betonrohren der Nennweite DN 300.

Im Zuge der vorbereitenden Untersuchungen wurde im Juli 2023 eine Kanalbefahrung durch das Unternehmen Winkelmann Entsorgung GmbH aus Werne durchgeführt. Die Ergebnisse der TV-Inspektion dienten als Grundlage zur Zustandsbewertung der vorhandenen Hauptkanäle sowie der zugehörigen Grundstücksanschlussleitungen und Straßenablaufanschlussleitungen.

Die vorhandenen Grundstücksanschlussleitungen und Anschlussleitungen der Straßenabläufe wurden im Rahmen der Untersuchung ebenfalls auf ihren baulichen Zustand überprüft. Schadhafte festgestellte Leitungsabschnitte werden im Zuge der Maßnahme entsprechend den technischen Erfordernissen saniert bzw. erneuert.

Die Ergebnisse der Kanalbefahrung bilden somit eine wesentliche Grundlage für die Planung der Sanierungsmaßnahmen im Kanalnetz innerhalb des Plangebiets.

2.3 Lage der Baustelle

Die Baustelle liegt im Ortsteil Westönnen der Wallfahrtsstadt Werl.

Sie liegt nördlich der L969 (ehem. B1) und westlich der Weststraße.

Sie ist über die A 44 und über die L969, Westönnener Bundesstraße (ehem. B1) und über die Weststraße, zu erreichen.

Von Norden kann vom Werler Weg aus in den Baustellenbereich eingefahren werden.

Der Blumenweg und Am Humpertspfad bilden eine kurze Verbindungsstrecke zwischen dem Werler Weg und der ehemaligen Bundesstraße 1, die gerne durch den öffentlichen Verkehr zur Abkürzung genutzt wird.

Während der Durchführung der Arbeiten sind deshalb verkehrssichernde und verkehrsregelnde Maßnahmen erforderlich.

Bei allen Arbeiten ist jedoch zu beachten, dass die Anlieger von Werler Weg oder von Weststraße aus ihre Grundstücke erreichen können.

2.4 Bauabschnitte und Bauablauf

Der Kanalbau wird als vorlaufende Maßnahme vor dem Straßenbau abschnittsweise durchgeführt. Durch die abschnittsweise Bauausführung wird sichergestellt, dass die Erreichbarkeit der angrenzenden Grundstücke für die Anlieger grundsätzlich aufrechterhalten bleibt.

Der Beginn der Kanalbauarbeiten erfolgt im Blumenweg im Bereich der Weststraße. Von dort aus wird die Herstellung der Kanalisation abschnittsweise in Richtung der Straße Am Humpertspfad fortgeführt.

Die Arbeiten an den Entwässerungsanlagen im Blumenweg sind einschließlich aller Anschlussleitungen vollständig abzuschließen, bevor der Kanalbau in der Straße Am Humpertspfad fortgesetzt wird.

In der Straße Am Humpertspfad ist zunächst der Kanalbau in Richtung Süden (Schacht 3101045) und in Richtung Norden (Schacht 3101080) einschließlich aller Anschlussarbeiten durchzuführen und abzuschließen. Dies ermöglicht unmittelbar nach der Fertigstellung des Abwasserkanals in diesem Bereich und dem Abrücken des Kanalbaus aus dem Kreuzungsbereich den Beginn der Straßenbauarbeiten in der Wendeanlage.

Ab diesem Zeitpunkt sind die Straßenausbauarbeiten südlich der Kreuzung parallel zu den Kanalbauarbeiten nördlich der Kreuzung, die vom Werler Weg aus erfolgen, durchzuführen.

Der Bauablauf für die Kanalbauarbeiten ist wie folgt vorgesehen:

- abschnittsweiser Rückbau der vorhandenen Mischwasserkanalisation

- abschnittsweiser Neubau des geplanten Mischwasserkanals in einer Tiefenlage von ca. 25 cm unterhalb des Bestandskanals
- Übernahme und Anpassung der vorhandenen Grundstücksanschlussleitungen sowie Neuverlegung der Straßenablaufanschlussleitungen
- Wiederherstellung der Verkehrsflächen im jeweiligen Bauabschnitt als Schotterprovisorium bis zur endgültigen Herstellung im Zuge des nachfolgenden Straßenbaus

Folgende Bauabschnitte sind vorgesehen und bei der Kalkulation der Arbeiten zu berücksichtigen.

Bauabschnitt:	Kanalbau von der Weststraße bis Am Humpertspfad
Bauabschnitt:	Kanalbau Blumenweg von der Kreuzung in Richtung Süden und Norden
Bauabschnitt:	Kanalbau von Norden (Werler Weg) in Richtung Süden Versorgungsleitungen, Beleuchtung, Straßenbau Wendeanlage bis Kreuzung
Bauabschnitt:	Versorgungsleitungen, Beleuchtung, Straßenbau von der Weststraße bis Kreuzung Am Humpertspfad
Bauabschnitt:	Versorgungsleitungen, Beleuchtung, Straßenbau von der Kreuzung Am Humpertspfad bis Werler Weg

Nach Herstellung der Asphalttragschicht eines Bauabschnittes erfolgt der Wechsel in den folgenden Bauabschnitt. Dabei sind die Rand- und Rinnenanlagen ohne gesonderte Vergütung gegen eine Beschädigung durch Überfahren mit geeigneten Maßnahmen zu schützen. Alternativ kann auch die Asphaltdecke mit einem Fertiger im Bauabschnitt eingebaut werden.

Eine gesonderte Vergütung für den mehrmaligen Antransport eines Asphaltfertigers sowie der gesamten Asphaltkolonne und die Lieferung von Material in Teil- und/oder Kleinmengen erfolgt nicht.

Während der gesamten Bauzeit ist der Anliegerverkehr grundsätzlich aufrechtzuerhalten. Temporäre Einschränkungen lassen sich bauablaufbedingt nicht vollständig vermeiden, sind jedoch auf das notwendige Maß zu beschränken und abschnittsweise zu organisieren, um die Zugänglichkeit zu den Grundstücken jederzeit sicherzustellen.

Der AN hat eigenverantwortlich mit den Grundstückseigentümern / Anwohnern mögliche Behinderungen bei der Zugänglichkeit zu den Grundstücken rechtzeitig vor Eintritt der Behinderung abzustimmen bzw. die Grundstückseigentümer und Anwohner zu informieren. Eine gesonderte Vergütung für diesen Koordinierungsaufwand erfolgt nicht.

3. Beschreibung der geplanten Baumaßnahme / erforderliche Leistungen

3.1 Durchzuführende Arbeiten für den Kanalbau, Kommunalbetrieb Werl

Die ausgeschriebenen Leistungen beinhalten die abschnittsweise Erneuerung der vorhandenen Mischwasserkanalisation in den Straßen:

- Am Humpertspfad
- Blumenweg

Die Trassenführung der neu geplanten Kanalisation orientiert sich im Wesentlichen am vorhandenen Kanalbestand. Zur Sicherstellung einer regelgerechten und hydraulisch günstigen Einbindung der bestehenden Grundstücksanschlussleitungen wurde die Höhenlage der geplanten Kanaltrasse gegenüber dem Bestand angepasst.

Der neu herzustellende Mischwasserkanal wird im Mittel etwa 25 cm tiefer als der vorhandene Kanal verlegt. Dadurch wird gewährleistet, dass die Anschlussleitungen oberhalb des Rohrkämpfers regelgerecht eingebunden werden können.

Der vorhandene Mischwasserkanal ist aus Betonrohren der Nennweite DN 300 hergestellt und weist eine Längsneigung zwischen 0,30 % und 0,80 % auf.

Im Rahmen der Maßnahme ist vorgesehen, den neuen Mischwasserkanal in Polypropylen (PP) in den Nennweiten DN 315 bis DN 400 herzustellen. Die geplante Längsneigung des neuen Kanals liegt ebenfalls im Bereich von 0,30 % bis 0,80 % und orientiert sich damit an den vorhandenen topografischen Randbedingungen sowie den hydraulischen Erfordernissen.

Durch die Anpassung der Tiefenlage sowie die Wahl geeigneter Rohrdimensionen wird eine dauerhaft leistungsfähige und betriebssichere Ableitung der anfallenden Mischwassermengen sichergestellt.

3.2 Durchzuführende Arbeiten für den Straßenbau, Wallfahrtsstadt Werl

Zur Erneuerung der Fahrbahn ist der vorhandene Oberbau der Fahrbahn und Gehwege vollständig zu beseitigen und zu erneuern.

Die Fahrbahn erhält einseitig eine Befestigung aus bituminös gebundenen Asphaltsschichten, die jeweils andere Straßenseite erhält in der Regel mit Betonrechteckpflaster befestigte Oberfläche, wobei auf den abweichenden Aufbau im Bereich der Gehwegüberfahrten zu achten ist.

Die Fahrbahnen des Blumenwegs und Am Humpertspfad sind wie folgt herzustellen:

Bauweise mit Asphaltdecke für Mischverkehrsflächen

Blumenweg / Am Humpertspfad und Gehwegüberfahrt Weststraße

BK 1,0 Tafel 1, Zeile 1, gem. RStO 12/24

4 cm	Asphaltdeckschicht AC 8 DS, 25/55-55 A
14 cm	Asphalttragschicht AC 22 TS 50/70, zweilagig eingebaut
<u>47 cm</u>	<u>Frostschutzschicht 0/45 aus Hartkalkstein</u>
65 cm	frostsicherer Aufbau
Insgesamt ca. 1375 m ²	

**Bauweise mit Pflasterdecke für Mischverkehrsflächen (grau) und
Parkstände (anthrazit)**

BK 1,0 in Anlehnung an Tafel 3, Zeile 1, gem. RStO 12/24

10 cm	Betonrechteckpflaster
4 cm	Pflasterbettung aus natürlicher Gesteinskörnung 0/5 mm
20 cm	Schottertragschicht 0/32 aus Hartkalkstein
<u>31 cm</u>	<u>Frostschutzschicht 0/45 aus Hartkalkstein</u>
65 cm	frostsicherer Oberbau
Insgesamt ca. 1135 m ²	

3.3 Durchzuführende Arbeiten an Versorgungsleitungen und für die Beleuchtung

- ca. 100 m Kabelschutzrohre um bestehende Versorgungsleitungen als Baumschutz
- ca. 85 m Umverlegung der Gasleitung für Baumscheiben
- 4 Stck Beleuchtungsmasten abrüsten
- 12 Stck Beleuchtungsmasten neu errichten einschließlich Muffengruben für den elektrischen Anschluss
-

Die Durchführung der Gesamtbaumaßnahme erfolgt abschnittsweise wie oben beschrieben.

Die Herstellung der Leitungsgräben und Baugruben erfolgt nach Abtrag des Straßenoberbaus ab Höhe Erdplanum des Straßenausbaus. Grundlage, auch zur Abrechnung, sind die geplanten Leitungstrassen in den Ausführungsplänen.

Erforderliche Änderungen oder Abweichungen sind im Vorfeld mit dem Auftraggeber abzustimmen. Ohne Freigabe durch den Auftraggeber erfolgt keine Vergütung von Mehrleistungen und Mehrmengen. Leitungspläne sind vom Auftragnehmer rechtzeitig vor Baubeginn einzuholen.

4. Vorhandene Anlagen im Baustellenbereich

Die dem Auftraggeber bekannten, vorhandenen Anlagen im Baustellenbereich sind in den Lageplänen dargestellt.

Ausgenommen hiervon ist die Trinkwasserhauptleitung, die zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Textes noch umverlegt wurde.

Eine Ortsbegehung vor Abgabe eines Angebotes wird empfohlen.

Alle vorhandenen Anlagen im Baustellenbereich sind zu sichern, der Betrieb vorhandener Anlagen, insbesondere der Versorgungsleitungen darf zu keinem Zeitpunkt durch die Bauarbeiten zum Erliegen kommen.

Bei erforderlichen Außerbetriebnahmen von Anlagen ist dieses nur in Abstimmung mit den Anlagenbetreibern möglich.

Ein Betreten von Anlagen, die nicht direkt im Baustellenbereich liegen, ist verboten.

4.1 Versorgungsanschlüsse

Die für die Durchführung der Arbeiten erforderlichen Versorgungsanschlüsse, wie Strom- und Wasseranschlüsse, sind durch den Auftragnehmer selbst herzustellen bzw. selbst herstellen zu lassen und zu unterhalten.

Die hierfür anfallenden Kosten hat der Auftragnehmer in eigener Rechnung zu tragen.

Die erforderlichen Anschlüsse sind bei den örtlichen Versorgungsunternehmen, hier den Stadtwerken Werl und die Gelsenwasser AG, Unna zu beantragen.

4.2 Liste der Versorgungsträger

Die nachfolgende Liste beinhaltet Versorgungsträger, die dem Auftraggeber zum Zeitpunkt der Ausschreibung bekannt sind.

Der Auftraggeber übernimmt keine Gewährleistung für die Vollständigkeit dieser Angaben.

Kanalisation:	Kommunalbetrieb Werl	(Tel.: 02922/800-8122)
Stromversorgung:	Stadtwerke Werl, Werl	(Tel.: 02922/985-0)
Telekom:	PTI 32 Lippstadt	(Tel.: 02941/203727)
Kabel TV:	Vodafone, Werl	(Tel.: 02922/8781787)
Wasserversorgung:	Gelsenwasser AG, Unna	(Tel.: 02303/204-0 0800/7999-20)
Gasversorgung:	Stadtwerke Werl, Werl	(Tel.: 02922/985-0)
Ferngas:	Thyssengas GmbH	(Tel.: 0231/91291-6814)
Telekommunikation:	Vodafone GmbH, Dortmund	
	Region Nord-West TRP-NW	(Tel.: 0231/2291-5454)
Deutsche Glasfaser:	Wholesale GmbH	
	klaerfaelle-Planauskunft@deutsche-glasfaser.de	
Deutsche Glasfaser Netz Operating GmbH		(Tel.: 02861/89060703)

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich mit dem Ver- und Entsorgungsunternehmen in Verbindung zu setzen und deren neuesten Planunterlagen einzusehen bzw. sich die Lage der Versorgungsleitungen in der Örtlichkeit angeben zu lassen.

Beschädigungen der Anlagen und Leitungen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Die Kabelschutzanweisungen der Versorgungsträger sind vor Baubeginn durch den Auftragnehmer anzuerkennen.

4.3 Vorhandenes Entwässerungssystem

Bei dem vorhandenen Entwässerungssystem handelt es sich um ein Mischsystem, das System kann bei Regenwetter gefüllt sein bzw. unter Rückstau stehen.

4.4 Vorflut

Für durchzuführende Wasserhaltungsarbeiten steht nur das städtische Kanalsystem zur Verfügung. Ableitungen der Wasserhaltungen sind während der durchzuführenden Baumaßnahmen in die städtische Kanalisation einzuleiten.

5. Höhen- und Festpunkte

Bei Übergabe der Baustelle werden dem Auftragnehmer die Höhenpunkte übergeben.

Für die durchzuführenden Straßenbauarbeiten erhält der Auftragnehmer die Planunterlagen georeferenziert im UTM ETRS 89 Koordinatensystem.

Die Achsen sind durch einen Vermesser des Auftragnehmers ohne gesonderte Vergütung abstecken zu lassen und vor Beginn der Arbeiten zusammen mit einem Vertreter des Auftraggebers abnehmen zu lassen.

Außerdem werden die Grenzpunkte zu den Privatgrundstücken abgesteckt und dem AN übergeben.

Die Anschluss-, Grenz-, und Höhenpunkte sind vom Auftragnehmer während der gesamten Durchführung der Arbeiten ohne zusätzliche Vergütung zu sichern und zu unterhalten.

6. Baumbestand

Der vorhandene Baumbestand darf, sofern er für den Straßenausbau nicht beseitigt wird, nicht beschädigt, gefährdet oder gefällt werden.

6.1 Schutzmaßnahmen zur Eingriffsminimierung

6.1.1 Baumschutz

Alle Bäume sind gemäß DIN 18920:2002-08 „Schutz von Bäumen [...] bei Baumaßnahmen“ vor Beschädigungen zu schützen.

6.1.2 Schutz der oberirdischen Baumteile gegen mechanische Schäden

Zum Schutz gegen mechanische Schäden wie Risse, Quetschungen der Rinde und des Holzes durch Baumaschinen ist eine standfeste Sicherung für alle Bäume herzustellen.

Mindestens ist, wenn die Sicherung der gesamten Baumfläche nicht möglich ist, der Baumstamm mit einem 2,00 m hohem, gegen den Stamm gepolsterten, Holzbohlenverschalung zu schützen.

Die Befestigung der Verschalung ist ohne Beschädigung des Baumes durchzuführen.

Nägeln, Klammern oder Ähnliches dürfen in keinem Fall in den Baum eingeschlagen werden.

Herunterhängende Äste sind hochzubinden und ein Aufsetzen der Verschalung auf den Wurzelanlauf ist zu vermeiden.

6.1.3 Wurzelschutz

Aufgrabungen im Wurzelbereich dürfen nur in Handarbeit ausgeführt werden. Hierbei ist ein Mindestabstand von 2,50 m zu beachten.

Wurzeln sind, wenn es sich nicht vermeiden lässt, mit einem geeigneten Schneidwerkzeug zu durchtrennen und die Schnittflächen zu glätten.

Freigelegte Wurzeln sind abzudecken und feucht zu halten.

Die ZTV-Baumpflege ist zu beachten.

7. Kampfmittel

Die Auswertung des Bearbeitungsbereichs durch die Bezirksregierung Arnsberg –Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe (KBD-WL)-, Auswertungsnummer 59-11-38298, hat keine Hinweise auf konkrete Blindgängerverdachtspunkte noch auf sonstige Kriegsbeeinflussung ergeben. Daher sind weitergehende Maßnahmen zur Kampfmittelbeseitigung nicht erforderlich.

Allerdings ist jedoch nie auszuschließen, dass sich im Erdreich nicht bekannte oder auf den Luftbildern nicht ersichtliche Kampfmittel befinden, daher gilt grundsätzlich folgende Verhaltensrichtlinie seitens des Kampfmittelbeseitigungsdienstes:

Sollten bei Tiefbauarbeiten ungewöhnliche Metallkörper, Gegenstände oder Bodenverfärbungen festgestellt werden, sind die Arbeiten umgehend einzustellen und die Abteilung Sicherheit und Ordnung 02922/800-0 sowie die Polizeiwache Werl, einzuschalten, die ihrerseits dann den Kampfmittelräumdienst beteiligt. In diesem Fall ist der Bereich großräumig gegen Betreten durch jedwede Dritte sofort zu sperren.

8. Archäologie

Im Vorfeld der Maßnahme wurden die durch die Baumaßnahme betroffenen Flächen dem LWL- Archäologie für Westfalen gemeldet.

Nach dortiger Auskunft ist nicht mit besonderen Funden zu rechnen

Weist bei der Durchführung der Bauarbeiten, der Erdaushub auf außergewöhnliche Verfärbungen hin oder werden historische Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten im fraglichen Bereich sofort einzustellen und der Auftraggeber hierüber sofort in Kenntnis zu setzen.

9. Boden- und Grundwasserverhältnisse

9.1 Boden

Für die Baumaßnahme wurde durch die IGC Geoconsult GmbH eine Baugrunduntersuchung vom 09.04.2024 erstellt. Der Bericht liegt der Leistungsbeschreibung auf in PDF-Format bei.

Das Baugrundgutachten bildet die Grundlage für die Planung und Ausführung der Maßnahme. Die darin enthaltenen Angaben zu Bodenaufbau, Bodenkennwerten, Tragfähigkeit, Grundwasserverhältnissen sowie zu Erd- und Gründungsarbeiten sind bei der weiteren Planung und Bauausführung zu berücksichtigen.

Die im Gutachten formulierten Empfehlungen und Hinweise, insbesondere zu Bodenverbesserungsmaßnahmen, zur Wasserhaltung sowie zur Wiedereinbaubarkeit und Verwertung der anstehenden Böden, sind verbindlich zu beachten. Abweichungen hiervon sind im Einzelfall mit der Bauleitung sowie dem Baugrundgutachter abzustimmen.

Der vorgefundene Baugrund wird in drei Homogenbereiche eingeteilt:

A: Boden Anschüttungen, im wesentlichen Straßenoberbau

B: Boden Schluff (Löss)

Die bodenmechanischen und bodenchemischen Kennwerte sind dem Baugrunduntersuchungsbericht zu entnehmen.

Hinweis zur Entsorgung

Die der Ausschreibung mit der Baugrunduntersuchung beigelegten Ergebnisse der chemischen Analyse nach EBV sowie der quantitativen Bestimmung des PAK Gehaltes im Feststoff und des Phenolindex im Eluat der aufzunehmenden und zu entsorgenden Materialien werden vom AN als Deklarationsanalyse anerkannt.

Abrechnungsbasis für vom AN aufzunehmende und zu entsorgende Materialien mit einer Einstufung nach EBV ist die jeweilige Untersuchung / Beurteilung nach EBV und der RuVA-StB in den o.g. Deklarationsanalysen.

Benötigt der AN weitere Deklarationsanalysen nach EBV / LAGA und / oder DepV und RuVA, so sind die Kosten hierfür durch den AN zu tragen.

Eine Anerkennung der Ergebnisse der zusätzlichen Untersuchungen durch den AG erfolgt nur, wenn:

1. die Probenahmen vorschriftsmäßig erfolgen und die chemischen Analysen von einem unabhängigen Labor durchgeführt werden, welches im Vorfeld dem AG benannt wird,
2. die Probenahmen im Beisein des AG stattfinden,
3. die Mischproben dem Mischprobenplan entsprechen, welcher der Deklarationsanalyse zu Grunde liegt, die der Ausschreibung zur Erstellung des Angebotes beilag,

4. die Untersuchungen / Beurteilungen nach LAGA 1997 bzw. LAGA 2004, DepV und RuVA-StB entsprechend den vom AG durchgeführten Deklarationsanalysen erfolgen.

9.2 Grundwasser

Mit Grundwasser ist in Tiefen zwischen 1,50 bis 2,30 m zu rechnen.

10. Verlegung von Versorgungsleitungen

Die Arbeiten zur Um- und Anbindung der Versorgungsleitungen sowie zur Verlegung der Gasleitungen werden von den Versorgungsunternehmen selbst oder durch den Auftragnehmer im Auftrag der Versorgungsunternehmen durchgeführt. Sie sind nicht Teil dieses Leistungsverzeichnisses.

Die für diese Arbeiten erforderlichen Erdarbeiten sind Bestandteil des Leistungsverzeichnisses Teil A Straßenbau

11. Bautechnik

11.1 Kanalbau

Die Dimensionierung der geplanten Kanalhaltungen erfolgt unter Berücksichtigung der angeschlossenen befestigten und unbefestigten Flächen sowie der maßgebenden hydraulischen Randbedingungen innerhalb des Einzugsgebiets. Grundlage der Bemessung bildet eine wirtschaftliche und zugleich betriebssichere Ableitung der anfallenden Mischwassermengen unter Berücksichtigung der örtlichen Topografie und der vorhandenen Netzanbindung.

Für die neu herzustellenden Kanalabschnitte sind folgende Nennweiten vorgesehen:

Am Humpertspfad: DN 315

Blumenweg: DN 400

Die gewählten Rohrdimensionen gewährleisten eine ausreichende hydraulische Leistungsfähigkeit der Mischwasserkanalisation und entsprechen den anerkannten Regeln der Technik gemäß den Anforderungen des Arbeitsblattes DWA-A 118. Damit wird eine sichere Ableitung der anfallenden Mischwasserabflüsse auch bei maßgebenden Bemessungsereignissen gewährleistet.

Durch die abgestimmte Dimensionierung der Kanalhaltungen wird eine langfristig funktionsfähige und betriebssichere Entwässerungsinfrastruktur innerhalb des Plangebiets sichergestellt.

Die Entwässerung der Verkehrsflächen erfolgt über die Ausbildung von Längs- und Querneigungen innerhalb der Fahrbahnflächen. Das anfallende Oberflächenwasser wird über die geplanten Gefälle gezielt den vorhandenen Straßenabläufen zugeführt, welche an die Mischwasserkanalisation angeschlossen sind.

Im Zuge der Maßnahme werden zusätzlich erforderliche neue Straßenabläufe hergestellt. Zur Anbindung dieser Straßenabläufe an die neu herzustellende Mischwasserkanalisation werden entsprechende Anschlussleitungen vorgesehen und im Rahmen der Kanalbauarbeiten lage- und höhengerecht herausgelegt.

Durch die angepasste Anordnung der Straßenabläufe sowie die gezielte Ausbildung der Oberflächengefälle wird eine ordnungsgemäße Ableitung des anfallenden Niederschlagswassers sichergestellt.

11.2 Straßenbau

11.2.1 Hinweis Entwässerungsrinnen

Das Längsgefälle der Fahrbahn und damit der Bordrinnen beträgt auf Teilabschnitten der Fahrbahn nur 0,5 %.

Aufgrund des erforderlichen Anschlusses an die Bestandshöhen der angrenzenden Grundstücke ist dies technisch nicht anders lösbar.

Aus diesem Grund wird die in der DIN 18318 vorgegebene zulässige Toleranz der Abweichung von der Ebenheit von 5 mm, gemessen mit einer 4 m Richtlatte, auf 2 mm herabgesetzt.

Der, für diese erhöhte Anforderung an die Genauigkeit der Herstellung der Entwässerungsrinnen, erforderliche Mehraufwand für die Arbeitsvorbereitung, Vermessung, und das Setzen der Entwässerungsrinnen usw. ist in die Positionen für das Herstellen der Entwässerungsrinnen einzukalkulieren. Eine zusätzliche Vergütung hierfür erfolgt nicht.

Ein Gewährleistungsausschluss für diese Teilleistung wird ausdrücklich ausgeschlossen

11.2.2 Asphaltarbeiten

11.2.2.1 Eignungsnachweis

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den Erstprüfungsbericht gemäß TL-Asphalt 07 des Asphaltmischgutes spätestens 7 Arbeitstage vor Beginn der Herstellung des Mischgutes vorzulegen.

Bei Verwendung von Asphaltgranulat ist dem AG mit dem Eignungsnachweis die Klassifizierung des Asphaltgranulates nach TL AG-StB und die Ermittlung der Zugabemenge gemäß TL Asphalt-StB vorzulegen. Die Bezeichnung und Beschreibung der Gesteinskörnungen gemäß Abschnitt 4 der TL Gestein-StB 04/18 ist auf Verlangen vorzulegen.

Der Auftragnehmer muss an Asphaltmischgut für Deck- und Asphaltbinderschichten für Straßen der Belastungsklassen 100 bis 10 weitergehende Prüfungen durchführen und im Eignungsnachweis angeben:

- Für Splittmastixasphalt und Asphaltbeton für Asphaltdeckschichten sowie für Asphaltbinder ist der Spurbildungsversuch durchzuführen.
- Für Gussasphalt ist die dynamische Stempelleindringtiefe zu prüfen.
- Für Mischgut mit viskositätsveränderten Bindemitteln bzw. mit viskositätsverändernden Zusätzen sind Prüfungen gemäß Anhang 2 des Merkblattes für Temperaturabsenkung von Asphalt, Ausgabe 2011 (Bezugsquelle: FGSV) durchzuführen.

11.2.2.2 Asphaltmischgut

11.2.2.2.1 Allgemeines

Asphaltgranulat kann gem. TL Asphalt-StB für die Herstellung von Asphaltmischgut verwendet werden, wenn die in den Abschnitten 3.2.1 bis 3.2.6 festgelegten Anforderungen an die Baustoffgemische eingehalten, die Voraussetzung für die Eignung erfüllt und die maschinentechnischen Zugabemöglichkeiten des jeweiligen Asphaltmischwerkes beachtet werden.

Bei der Verwendung von sauren Gesteinen in Verbindung mit Straßenbaubitumen nach EN 12591 (z.B. Grauwacke, Quarzit) ist bei Binder- und Deckschichten aus Walzasphalt 1,5M-% Kalkhydrat als Haftverbesserer zuzugeben. Bei der Verwendung von polymermodifizierten Bitumen ist ein Haftverbesserer nicht erforderlich.

11.2.2.2.2 Angaben zu den Gesteinskörnungen

Feine und grobe Gesteinskörnungen aus Kalkstein sind in Deckschichten und als Abstreumaterial für Fahrbahnen (außer Rad- und Gehwege) nicht zugelassen.

Es ist Kalksteinfüller zu verwenden. Für Deckschichten aus Walzasphalt und Asphaltbinderschichten ist in Kombination mit groben Gesteinskörnungen aus Diabas die Verwendung von Diabasfüller zugelassen.

Grobe Gesteinskörnungen und Abstreumaterial für Splittmastixasphalt müssen der Kategorie PSV 51 entsprechen.

Gesteinskörnungen für Asphaltbinder AC 16 B S für Verkehrsflächenbefestigungen der Belastungsklasse Bk 3,2 müssen in Bezug auf den Widerstand gegen Zertrümmerung der Kategorie SZ18 bzw. der Kategorie LA20 entsprechen.

Die Verwendung von zurückgewonnenem Gleisschotter als RC-Baustoff ist nicht zugelassen

11.2.2.3 Baugrundsätze

Beim zweilagigen Einbau der Asphalttragschicht ist die zweite Lage unmittelbar nach der ersten Lage einzubauen. Das Reinigen der Oberfläche der ersten Lage wird nicht gesondert vergütet.

11.2.2.4 Durchführung von Prüfungen

11.2.2.4.1 Eigenüberwachungsprüfungen

Die Protokolle aller Eigenüberwachungsprüfungen im Zuge des Einbaus von Asphalt-deckschicht- Mischgut sind dem Auftraggeber vorzulegen.

11.2.2.4.2 Kontrollprüfungen des Mischgutes

Die Probeentnahme hat in Übereinstimmung mit den Vorschriften der DIN 1996 Blatt 2 zu erfolgen. Der AN ist verpflichtet, rechtzeitig das Lieferwerk von der Probeentnahme zu unterrichten, damit ein Vertreter zugegen sein kann.

Der AN hat folgende Kosten zu tragen:

- die Probeentnahme und das Vorhalten der dazu benötigten Geräte, der Versandgefäße und der Hilfskräfte sowie die Lagerung der Proben bis zum Zeitpunkt der Abholung durch das Prüflabor.

Die Kosten für die Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen trägt der AG.

Anzahl der Proben des Asphaltmischgutes gemäß ZTV Asphalt 07/13: 8 Stck

11.3 Baustoffe

Sämtliche vom Auftragnehmer gelieferten Baustoffe müssen nachweisbar frei von boden-, luft- und grundwasserverunreinigenden Stoffen sein.

Der Auftragnehmer haftet dafür, dass von den von ihm gelieferten Stoffen keine gesundheitsgefährdende Wirkung auf Lebewesen ausgeht.

Sämtliche vom Auftragnehmer gelieferten Schüttgüter dürfen nur natürlichen Ursprungs sein und müssen nachweisbar frei sein von jeglichen Zuschlägen und Rückständen aus industriellen Abfällen oder Produktionsprozessen, die gesundheitsschädlich, gesundheitsgefährdend oder umweltschädlich oder umweltgefährdend sein können.

Der Auftragnehmer hat auf Aufforderung durch den Auftraggeber die entsprechenden Nachweise oder Unbedenklichkeitsbescheinigungen vorzulegen.

Bringt der AN die entsprechenden Nachweise nicht bei oder stellt der Auftraggeber anhand eigener Untersuchungen fest, dass der AN diesen Vorgaben zuwiderhandelt, so ist

das eingebaute Material zu Lasten des Auftragnehmers auszubauen und durch geeignetes Material zu ersetzen.

11.4 Wiegekarten und Lieferscheine

Wiegekarten, Lieferscheine und sonstige Liefernachweise sind grundsätzlich im Original vorzulegen und müssen maschinell erstellt sein. Fehlende, kopierte oder handschriftlich erstellte oder geänderte Liefernachweise werden nicht anerkannt. Das auf diesen Liefernachweisen aufgeführte Material wird nicht vergütet.

11.5 Kreislaufwirtschaftsgesetz

Alle entsprechend den Leistungspositionen abzufahrenden und fachgerecht zu entsorgenden Materialien sind sorgfältig zu trennen.

Eine Vermischung ist nicht zulässig.

Das abzufahrende und zu entsorgende Material ist entsprechend dem Kreislaufwirtschaftsgesetz fachgerecht zu entsorgen.

Der Auftragnehmer hat alle erforderlichen Entsorgungsnachweise zu führen und die Entsorgungskosten zu tragen.

11.6 Straßenreinigung

Alle Straßen und Wege im Baustellenbereich, auch im Zufahrts- und Abfahrtsbereich der Baustelle, sind während der Durchführung der Arbeiten ständig befahrbar und sauber zu halten.

Auf die Sauberhaltung und Reinigung wird besonders Wert gelegt.

Alle Straßen und Wege sind bei Bedarf durch eine selbstaufnehmende Kehrmaschine ohne gesonderte Vergütung zu reinigen.

11.7 Baustellensicherung

Dem Auftragnehmer obliegt während der Durchführung der Arbeiten die volle Verkehrssicherungspflicht. Er hat jederzeit eine ordnungsgemäße Absicherung der Baustelle zu gewährleisten.

12. Sicherheit- und Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit

12.1 Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination gem. Baustellenverordnung

Der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gem. der Baustellenverordnung (BaustellV) vom 16.06.1998 (siehe RAB 30) wird seitens des AG gestellt.

Die erforderliche Vorankündigung (größer 30 Arbeitstage und 20 Beschäftigte oder 500 Personentage) wird seitens des AG angefertigt. Hierzu ist die Mitwirkung des AN erforderlich.

Die vom AN gewählten Arbeitsweisen und Verfahren der Baumaßnahme sind mit dem Koordinator abzustimmen.

Als Basis der Koordination hat der AN 14 Tage vor Baubeginn der Arbeiten eine Gefährdungsbeurteilung und einen detaillierten Bauzeitenplan, sowie die erforderlichen arbeitssicherheitsrelevanten Nachweise und Angaben zu den verantwortlichen Personen vorzulegen.

Diese Abstimmung und Koordination der Arbeitsvorgänge mit dem AG bzw. dessen Koordinator entbindet den AN nicht von seiner Verantwortung für die Arbeitssicherheit auf der Baustelle.

12.2 Arbeits- und Sicherheitsplan (A+S Plan)

Der AG hat für die durchzuführenden Arbeiten einen A+S Plan durch das Büro ABS Gruno erstellen lassen. Dieser liegt als PDF-Datei der Ausschreibung bei.

Die darin enthaltenen Gefährdungsbeschreibungen, Gefahrstoff- und Gefährdungsabschätzungen sind bei der Kalkulation und der Wahl der Arbeitsverfahren und des Geräteeinsatzes zu beachten.

Die im A+S Plan aufgeführten Maßnahmen zum Sicherheits- und Gesundheitsschutz sind, sofern sie nicht gesondert ausgeschrieben sind zwingend zu beachten und ohne gesonderte Vergütung umzusetzen.

13. Qualitätsnachweise

Für jegliche technische Spezifikation, die sich nicht auf EN Normen, sondern auf DIN Normen beziehen, sind auch gleichwertige EN Normen zugelassen.

Der Nachweis der Gleichwertigkeit ist vom Auftragnehmer vor Ausführung der Arbeiten zu erbringen.

Es dürfen nur gütegeschützte Baumaterialien verwendet werden.

Für alle zu liefernden Baustellensicherungselementen gilt die ZTV SA 97.

Alle Kanal- und Schachtbauwerke werden nach DIN EN 1610 sowie den DWA Arbeitsblättern und Merkblättern ausgeführt. Der Auftraggeber behält sich Änderungen in der Ausführung vor. Die Kanal- und Schachtbauwerke sowie deren Baugruben werden nach DIN EN 1610 abgerechnet.

Der Auftragnehmer liefert die gem. Leistungsverzeichnis geforderte Verdichtungs- und Qualitätsprüfung der Baumaterialien durch staatlich anerkannte Baustofflaboratorien.

Verdichtungsnachweise, die die geforderten Mindestwerte nicht erfüllen, werden nicht vergütet.

14. Abrechnung und Sicherheiten, Zahlungen

14.1 Abrechnungen

Sämtliche Abrechnungen sind in 4-facher Ausfertigung, einschließlich Massenermittlungen und Aufmaßen zu erstellen.

14.1.1 Rechnungsadressen

Sämtliche Abrechnungen für die Teile A und B, sind in 4-facher Ausfertigung, einschließlich Massenermittlungen und Aufmaßen bei der örtlichen Bauüberwachung, einzureichen. Sie sind für

den Teil A

Wallfahrtstadt Werl
Hedwig-Dransfeld-Straße 23
59457 Werl

den Teil B an den

Kommunalbetrieb Werl
Hedwig-Dransfeld-Straße 23a
59457 Werl

zu adressieren.

Zusätzlich sind für alle Rechnungen, auch Abschlagsrechnungen, Aufmaße und Massenermittlung, digital, und zwar grundsätzlich die Gesamtmenge und der Zuwachs in je einer Datei, im GAEB-Datenaustauschformat DA 11 oder XML vorzulegen.

14.1.2 Besondere Abrechnungsvorschriften

Die Rechnungen sind grundsätzlich getrennt für alle Teile einzureichen. Dies gilt bereits auch für Abschlagsrechnungen.

Die Kosten für die Erstellung von Einzelrechnungen sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

14.2 Sicherheiten

Die Sicherheit für die Vertragserfüllung ist in Höhe von 5 v.H. der Auftragssumme zu leisten.

Die für die Mängelansprüche zu leistende Sicherheit beträgt 3 v.H. der Auftragssumme einschließlich aller erteilten Nachträge.

Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwendete Sicherheit für Mängelansprüche ist nach Ablauf der Gewährleistung, vier Jahre nach Abnahme.

14.3 Zahlungen

Zahlungen richten sich nach der VOB/B und werden von den Auftraggebern per Überweisung geleistet.

Der Fälligkeitszeitpunkt für die Schlusszahlung wird auf 60 Tage nach Eingang der Schlussrechnung verlängert.

15. Ausführungsfristen, Abnahme, Mängelansprüche

15.1 Ausführungsfristen

Es gelten die in den besonderen Vertragsbedingungen (BVB) genannten Ausführungsfristen.

Der Auftragnehmer hat zu Beginn der Arbeiten einen Bauzeitenplan zu erstellen und vorzulegen, der nach Prüfung und Freigabe durch den Auftraggeber Vertragsbestandteil wird.

15.2 Abnahme

Zur Abnahme hat der Auftragnehmer die Baustelle ohne Anspruch auf besondere Vergütung zu reinigen.

Es wird eine förmliche Abnahme durchgeführt.

15.3 Mängelansprüche

Für die Mängelansprüche gilt die Verjährungsfrist gemäß § 13 VOB von vier Jahren.

16. Stundenlohnarbeiten

Stundenlohnarbeiten werden nur vergütet, wenn sie vom Auftraggeber ausdrücklich angeordnet worden sind. Den Umfang der Arbeiten bestimmt der Auftraggeber.

Die Zeit ihrer Ausführung, die Zahl und Zusammensetzung der einzelnen Arbeitskräfte und die Art der Geräte bestimmt der Auftraggeber in Abstimmung mit dem Auftragnehmer.

Abgerechnet werden die tatsächlich gelieferten Baustoffe und Bauteile mit dem nachgewiesenen Einstandspreis und dem angebotenen Zuschlagsfaktor. Werden Stundenlohnarbeiten von Nachunternehmern ausgeführt, so ändern sich die vertraglichen Vereinbarungen und Zuschlagsfaktoren nicht.

17. Hinweis für zu verwendende Produkte

Auf § Nr. 2.3.4 der DIN 18299 (VOB/C) wird hingewiesen, gegebenenfalls erforderliche Gleichwertigkeitsnachweise sind vom Auftragnehmer zu erbringen.

18. Sondervorschläge

Bei Sondervorschlägen garantiert der Bieter die Durchführbarkeit und Vollständigkeit seiner Sonderangebote. Er hat die durch das Sonderangebot entfallende Position des Hauptangebotes einzeln zu benennen und eine rechnerische Gegenüberstellung von Hauptangebot und Sonderangebot darzulegen.

Die Qualitätsanforderungen des Sondervorschlags müssen denen des Hauptangebotes entsprechen. Die erforderlichen Nachweise (Änderungsentwurf für statische Berechnung etc.) müssen in den Preisen enthalten sein.

19. Nebenleistungen

Außer den in der VOB/C aufgeführten Nebenleistungen sind bei der Preisbildung folgende Leistungen als Nebenleistungen einzurechnen, soweit hierfür im Leistungsverzeichnis keine besonderen Positionen vorgegeben sind.

19.1.1 Hilfskraft

Die Gestellung einer Hilfskraft und Messgeräten (z.B. Nivelliergerät einschl. Zubehör) für die vom Auftraggeber vorzunehmende Kontrollmessung oder Ähnliches.

19.1.2 Umweltschutz

Maßnahmen für den Umweltschutz.

Der Auftragnehmer trägt die alleinige Verantwortung für die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften. Die Kosten hierfür sind als Nebenleistung zu berücksichtigen.

19.1.3 Kontrollen

Kontrollen gemäß ZTV SA 97 der Verkehrsführung (Umleitung) sowie aller Sicherheitseinrichtungen, insbesondere der lückenlosen Absicherung des Baustellenbereichs gegenüber unbefugtem Betreten.

Die Kontrollen sind unter Angabe des kontrollierenden in den Tagesbericht zu dokumentieren.

19.1.4 Tagesberichte

Der Auftragnehmer führt täglich Bautagesberichte, die wöchentlich in 2-facher Ausfertigung der örtlichen Bauüberwachung zur Einsichtnahme und Gegenzeichnung vorzulegen sind.

Das Original des Bautagesberichts erhält der Auftraggeber, die Kopie verbleibt beim Auftragnehmer.

19.1.5 Baubesprechung

Während der Durchführung der Arbeiten werden mindestens einmal wöchentlich Baubesprechungen vor Ort durchgeführt.

Der Auftragnehmer hat nach vorheriger Terminabsprache an diesen Baubesprechungen teilzunehmen.

20. Lohngleitklausel, Stoffgleitklausel

Lohngleitklausel und Stoffgleitklausel werden nicht vereinbart.

Die angebotenen Einheitspreise sind Festpreise.

21. Schlussbestimmungen

Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder unanwendbar sein oder sollte sich in dem Vertrag eine Lücke befinden, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden.

Anstelle der unwirksamen oder unanwendbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung treten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach Sinn und Zweck des Vertrages gewollt haben würden, wenn sie den Punkt bedacht hätten.